

Detlef Wetzel

Zweiter Vorsitzender der IG Metall



**Pressekonferenz „Gute Arbeit – gut in Rente“ zu altersgerechter Beschäftigung
und flexiblen Übergängen in den Ruhestand**

Berlin, 17. April 2013

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Sommer des letzten Jahres haben wir Ihnen unsere Kampagne „Gute Arbeit – gut in Rente“ vorgestellt.

Wir haben diese Kampagne gestartet weil nach wie vor gilt:
Die Rente mit 67 ist beschlossen, die Probleme bleiben ungelöst.

Für den Großteil der Beschäftigten bleibt Arbeit bis zum 67. Lebensjahr eine Illusion.
Viele Arbeitsplätze sind nicht altersgerecht gestaltet und ein Ausstieg zu fairen Bedingungen ist nicht möglich.

De Facto führt diese Politik zu Rentenkürzungen.
Weiten Teilen der Beschäftigten – bis hinein in die Mitte der Gesellschaft – droht Altersarmut.

Kurzum: Rente mit 67 heißt für viele Beschäftigte Arbeit bis zur Schmerzgrenze oder weniger zum Leben.

Während Politik und Arbeitgeber dieser Entwicklung tatenlos zuschauen, haben wir uns zum Handeln entschlossen.

Dabei konzentrieren wir uns im Wesentlichen auf zwei Handlungsfelder:

Zum einen greifen wir die Frage der altersgerechten Arbeitsgestaltung in den Betrieben auf.

Wir wollen in möglichst jeder Verwaltungsstelle in einem Pilotbetrieb „Besservereinbarungen“ in den Bereichen Arbeitsgestaltung, Personalpolitik und Altersausstieg erreichen.

Später werden Ihnen Kollegen von Mercedes-Benz, Salzgitter Flachstahl und Schaeffler berichten wie das konkret aussehen kann, bzw. welche Probleme im Rahmen dieser Verhandlungsprozesse mit dem Arbeitgeber auftauchen.

Das zweite Handlungsfeld ist die Gesellschaftspolitik.

Mit einer öffentlichkeitswirksamen Aktionswoche in über 100 Verwaltungsstellen haben wir im Herbst begonnen für unsere Forderungen nach Verbesserungen im Rentenrecht zu werben.

Wir wollen Wahlmöglichkeiten für jeden – statt Einheitsrente für alle!
2013 wird dieses Thema einer unserer Schwerpunkte im Bundestagswahlkampf sein.

So werden wir im Sommer unsere Forderungen mit einer Roadshow durch die Republik unterstreichen, die Vertreter aus Politik und Medien zu einem Renten-Talk in Berlin einladen und den Bundestagskandidaten in regionalen Diskussionsveranstaltungen in Sachen Rente auf den Zahn fühlen.

Welche konkreten Alternativen wir zur angeblichen Alternativlosigkeit der Rente mit 67 haben, wird ihnen Hans-Jürgen Urban gleich vorstellen.

Bevor die angesprochenen Kollegen zu Wort kommen, möchte ich Ihnen die Ergebnisse einer repräsentativen Befragung zur Rentenpolitik vorstellen, die TNS Infratest Politikforschung in unserem Auftrag durchgeführt hat.

Für insgesamt 79 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung ist das Thema Rente sehr wichtig bzw. wichtig für ihre Wahlentscheidung im September.

Selbst für zwei Drittel der rentenfernen – unter 30-jährigen Wahlberechtigten -ist dieses Thema sehr wichtig bzw. wichtig.

Das macht zwei Dinge deutlich:

Zum einen, dass wir als IG Metall mit unserer Schwerpunktsetzung im Bundestagswahlkampf richtig liegen, weil wir ein Thema aufgreifen, dass den Menschen unter den Nägeln brennt.

Die Menschen wollen die Rente mit 67 nicht!

Und Zweitens ist dieses Ergebnis auch ein Appell an die Parteien:

Kümmert euch um die Sorgen und Ängste der Menschen in Deutschland.
Mit mathematischen Formeln ist den Menschen nicht geholfen.

Das wird besonders deutlich, wenn wir uns die nächsten Ergebnisse anschauen.

Nur 17 Prozent der Befragten glauben, dass die Rentenpolitik in die richtige Richtung geht und dass die Rente der künftigen Generationen sicher ist.

Dagegen sagen 79 Prozent der Menschen:

Die Rentenpolitik in Deutschland geht in falsche Richtung.

Das gilt für das Rentenniveau, die Wirksamkeit der privaten Rentenversicherung und die Einführung der Rente mit 67.

Bei den Unterstützern der CDU/CSU sind dies immerhin auch 68 Prozent.

Ich würde ihnen gerne auch mitteilen, wie das bei den Unterstützern des kleinen Koalitionspartners, der FDP, aussieht.

Das ist mir aber leider nicht möglich.

Da weniger als 5 Prozent der Befragten angegeben haben, dass sie die FDP unterstützen, kann Infratest als seriöses Institut diese Frage nicht beantworten, da die statistische Fehlerwahrscheinlichkeit bei einer so kleinen Gruppe zu groß wird.

Welche Maßnahmen könnten aus Sicht der Menschen geeignet sein, um die finanzielle Situation der gesetzlichen Rentenversicherung zu verbessern?

Die Antworten weisen den eindeutigen Weg in eine weiterhin paritätisch finanzierte gesetzliche Rentenversicherung, die zu einer Erwerbstätigenversicherung ausgebaut wird.

Und die Menschen sind bereit, für eine sichere Rente mehr zu zahlen:

So sprechen sich 60 Prozent für eine Erhöhung der Rentenbeiträge um das Rentensystem langfristig zu sichern aus, die zu gleichen Teilen durch Unternehmen und Beschäftigte finanziert werden.

78 Prozent der Befragten halten die Einbeziehung von Freiberuflern, Selbstständigen und Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung für sinnvoll.

Bei der Gruppe der Selbstständigen sind das immerhin 71 Prozent.

Und sogar 49 Prozent der befragten Beamten unterstützen diese Forderung.

89 Prozent der Menschen sagen dagegen:

Die weitere Anhebung des Renteneintrittsalters über das 67. Lebensjahr hinaus ist keine sinnvolle Lösung zur Verbesserung der Situation in der Rentenversicherung.

Auch 83 Prozent der Unterstützer von CDU/CSU sagen, dass das nicht sinnvoll ist.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich habe ihnen kurz vorgestellt, was die Menschen von der aktuellen Rentenpolitik halten und welche Alternativen sie sich vorstellen können.

Hans-Jürgen Urban wird ihnen nun aufzeigen, dass die IG Metall, im Gegensatz zu den verantwortlichen Politikern, mit ihren Vorschlägen zur Rentenpolitik nah bei den Menschen ist.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!